

Antrag

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Cansu Özdemir, Insa Tietjen,
Deniz Celik, Carola Ensslen (DIE LINKE) und Fraktion**

Betr.: Benotungen im Corona-Schuljahr 2020/2021

Mittlerweile haben sich viele Bildungsexperten/-innen, Bildungsgewerkschaften, pädagogische Verbände, Schulgemeinschaften, Schüler/-innen und ihre Interessenvertretungen, Elternschaften zur Ausgestaltung des Corona-Schuljahres 2020/2021 zu Wort gemeldet. Unisono haben alle schon im Frühjahr gefordert, den Druck aus den Schulgemeinschaften, den Druck von den Schülern/-innen zu nehmen. Konkret forderten sie, in einer extremen Ausnahmesituation wie der derzeitigen Corona-Pandemie den regelhaften Vollzug der Lehr- und Stundenpläne und der Prüfungen auszusetzen. Dieser Forderung liegt eben die Einsicht zugrunde, dass in diesem Ausnahmezustand keine Normalität vorgespiegelt werden kann. Angesichts der weiterhin hohen Infektionszahlen, auch in Schulen, und der Erkenntnis, dass der Pandemieverlauf auf absehbare Zeit nicht wirksam und nachhaltig gestoppt werden wird, stellt sich die Frage der Organisation des laufenden Schuljahres hinsichtlich der Durchführung aller anstehenden Prüfungen und Abschlüsse bis zum Sommer 2021 in ganz besonders drängender Weise. Die Schulen brauchen Planungssicherheit, damit vorausschauend, nachvollziehbar und pädagogisch klug gehandelt werden kann.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert

1. einen Runden Tisch mit Vertretern/-innen des Schulausschusses, des Senates, der drei Kammern, der Sprecher/-innen aller Schulformen, Elterninitiativen, der Bildungsgewerkschaften, dem Bündnis Zukunft Schule in Hamburg einzurichten, um über den weiteren Verlauf des Schuljahres 2020/2021 unter Bedingungen der Corona-Pandemie hinsichtlich der anstehenden Zwischen- und Abschlussprüfungen zu beraten und zu befinden;
2. dabei kurz-, mittel- und langfristige pädagogische und organisatorische Konzepte zu entwickeln und die Schulgemeinschaften und ihre Gremien dabei aktiv zu beteiligen;
3. der Bürgerschaft bis zum 13. Januar 2021 zu berichten.